

GA Legale Graffiti-Wände und Anti-Mobbing-Strategien

Wo Kinder und Jugendliche in der Region mitreden können

Rhein-Sieg-Kreis/Kreis Ahrweiler · Die eigene Zukunft vor Ort mitgestalten – klingt gut, aber wo und wie können Kinder und Jugendliche das im Rhein-Sieg-Kreis und im Kreis Ahrweiler tun? Ein Blick auf Jugendparlamente und -beiräte in der Region, auf legale Graffiti-Flächen und Anti-Mobbing-Strategien

11.05.2025, 15:00 Uhr · 8 Minuten Lesezeit



Sie haben was zu sagen zu Themen wie Rassismus und Diskriminierung: Die Projektgruppe „Klappe auf“ der Hauptschule Niederpleis.

Foto: Privat



Von **Antje Jagodzinski**
Redakteurin Vorgebirge

Welche Themen beschäftigen Jugendliche wirklich und was fehlt ihnen an Freizeitmöglichkeiten? Damit junge Menschen mitreden können und gleichzeitig demokratische Strukturen und Kommunalpolitik kennenlernen, bieten einige Städte und Gemeinden Jugendparlamente oder Beiräte an. Während diese mancherorts eingeschlafen sind, bestehen sie andernorts seit vielen Jahren – oder wurden erst vor Kurzem gegründet. Der GA präsentiert Beispiele, wie Mädchen und Jungen sich in der Region einbringen.

■ **Sinzig:** Sie sind über einen Instagram-Account erreichbar, planen gerade einen öffentlichen Jugendtreff und setzen ein bereits preisgekröntes Projekt für legale Graffiti-Wände fort: Die Mitglieder des Jugendbeirates Sinzig wollen richtig was erreichen für junge Leute in ihrer Stadt. 15 Mitglieder hat das jeweils für zwei Jahre gewählte Gremium derzeit, sagt Jan Hanenberg (17), der seit September Erster Vorsitzender ist. Davor war er bereits zwei Jahre im Beirat aktiv. „Es ist die direkteste Möglichkeit, wie man als Jugendlicher politisch mitgestalten kann“, erklärt der Gymnasiast seine Motivation. Seit 2019 gibt es den Sinziger Jugendbeirat für 14- bis 18-Jährige, der die Organe der Stadt bei Fragen, die Minderjährige betreffen, beraten soll.

Ein großes Anliegen, das bereits der erste Jugendbeirat ins Spiel gebracht habe, sei ein öffentlicher Jugendtreff, sagt Jan Hanenberg. „Jetzt haben wir endlich ein ordentliches Grundstück in Ahr-Nähe gefunden, das der Stadt gehört.“ Durch die Flut und die schwierige Suche nach einer passenden Örtlichkeit habe sich das Vorhaben hingezogen. Nun hoffe er, dass es klappt, dort jungen Leuten einen Platz zum Treffen samt Unterstand sowie eine Fläche für Sport oder Parcours bieten zu können.

Wo der Beirat schon erfolgreich war: Es wurden inzwischen mehrere Graffiti-Wände zur Verfügung gestellt, an denen Jugendliche legal sprayen dürfen. Für die Idee des Ganzen gab es 2021 einen Förderpreis des Landes Rheinland-Pfalz.

„Es kann schon mal länger dauern, wenn etwas durch die Verwaltung muss“, ist der Eindruck des Jugendbeiratsvorsitzenden. Aber er habe die Erfahrung gemacht: Wenn sich zwei oder drei von ihnen „richtig reinhängen“, könnten sie auch etwas erreichen. Ob er anderen Jugendlichen raten würde, sich auch zu engagieren? „Man sagt immer, uns gehört die Zukunft. Da fände ich es schon gut, wenn wir auch versuchen, sie mitzugestalten.“



Die Mitglieder des Sinziger Jugendbeirats setzen sich für legale Graffiti-Flächen ein. Foto: Stadtverwaltung Sinzig

Foto: Viktor Müller/Stadtverwaltung Sinzig

■ **Sankt Augustin:** Bereits seit 1991 gibt es in Sankt Augustin das Kinder- und Jugendparlament. Alle Schulen können zwei stimmberechtigte Abgeordnete bis 14 Jahre benennen. Ein wesentlicher Aspekt für den Erfolg sei „die aktive Einbindung der jungen Menschen in Projekte, die sie direkt betreffen, wie zum Beispiel die Gestaltung von Mobilitätskonzepten, Skatepark, Fahrradwegen und Spielplätzen“, so Stadtsprecher Benedikt Bungarten. „Diese Partizipationsmöglichkeiten geben den Kindern nicht nur eine Stimme, sondern auch das Gefühl, dass ihre Meinung zählt und Veränderungen bewirken kann.“

Momentan befassen sich die derzeit 50 Mitglieder laut Bungarten mit dem Thema „Aktiv für ein Miteinander ohne Mobbing“. In ihrem jüngsten Beschluss fordern sie zum Beispiel, dass Hilfsangebote an Schulen, Spielplätzen und Jugendeinrichtungen sichtbar sein sollen. Zu dem Thema hatte das Kinderparlament auch junge Experten zu Gast: Die Projektgruppe „Klappe auf für Demokratie und Kinderrechte“ der Gemeinschaftshauptschule Niederpleis. Die Achtklässler, von denen einige früher selbst im Kinderparlament waren, haben 2024 einen Film dazu gedreht, was Mobbing bei Betroffenen auslöst und welche Strategien es gibt, um nicht selbst in eine Gewaltspirale zu geraten, erklärt Susanne Tapia (54). Die Politiklehrerin hatte sich mit der Gruppe für einen professionellen Filmdreh bei der Berliner Organisation „Klappe auf! Für Demokratie und Kinderrechte“ beworben.

Der Film hat bereits mehrere Preise erhalten, zuletzt beim Bundeswettbewerb „Demokratisch Handeln“. Inzwischen gibt die Gruppe ihre Erfahrungen in einem „Peer Projekt“ an anderen Schulen sowie kürzlich ans Jugendparlament weiter. „Die Kinder haben über die Projektgruppe sehr viel Wertschätzung erfahren, das motiviert total“, freut sich Tapia. „Gerade auch für Hauptschüler ist es wichtig, dass sie gehört werden und wahrnehmen, dass sie selber viel bewegen können.“

Film gegen Diskriminierung

Das Projekt von „Klappe auf“

„Was wir zu sagen haben“: Unter diesem Titel hat die Projektgruppe „Klappe auf“ der Hauptschule Niederpleis einen **rund sechsminütigen Film** gedreht, in dem Schüler anhand eigener Erlebnisse in kurzen Sequenzen ausdrücken, wie schmerzhaft Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus sind und wie sie damit umgehen.

Dabei äußern sich die jungen Menschen sehr offen mit nahe gehenden Aussagen wie „manchmal ist innerlich mein Herz kaputt“ oder „wenn ich zeige, dass ich wütend bin, dann macht der andere weiter“. Sie betonen: „Jeder ist gut, wie er ist.“

Der Film ist auf der Plattform **Youtube** zu sehen unter „Klappe auf! für Demokratie und Kinderrechte“. [hes](#)

■ **Alfter:** Knapp ein Jahr ist es her, dass die Gemeinde Alfter einen Jugendbeirat ins Leben gerufen hat: am 23. Mai 2024 wurden die ersten 17 Vertreter des Alfterer Jugendbeirats gewählt. Rund 1280 junge Bürger zwischen 14 und 18 Jahren hatte die Verwaltung per Post zur Wahl des Gremiums eingeladen – 21 Mädchen und Jungen kamen. Damit reichte es knapp zur Gründung, für die es 20 Teilnehmer brauchte. Und auch wenn die Anzahl an Interessenten überschaubar war, hatten manche bereits erste Ideen für ihr Engagement, etwa für bessere Busverbindungen oder eine Umfrage zu Wünschen junger Leute.

Solche Ideen kann der Jugendbeirat in die Entscheidungsprozesse von Verwaltung und Politik einbringen. Er hat zwar kein Stimmrecht in Ausschüssen und Rat, aber die Gremien sollen ihn zu Themen anhören, die Jugendliche betreffen.

Schilder zu Kinderrechten in Meckenheim

Damit Kinder wissen, was sie dürfen - und Erwachsene nicht

Schulprogramm Startchancen im Rhein-Sieg-Kreis

Besser lernen mit Sitzkissen, Werkstätten und Künstlicher Intelligenz

Auf GA-Anfrage wollten sich die jungen Vertreter noch nicht äußern. „Der Jugendbeirat der Gemeinde Alfter befindet sich derzeit noch in der Orientierungsphase. Die Mitglieder sammeln unter anderem zunächst Ideen zu Themen, die sie vertreten wollen, zur eigenen Präsentation in der Öffentlichkeit und der möglichen Zusammenarbeit mit anderen Gremien in der Gemeinde“, erklärt Sabine Zilger, Allgemeine Vertreterin der Gemeinde Alfter.

■ **Königswinter:** Das Königswinterer Kinder- und Jugendforum ist 2023 modifiziert worden: Laut Verwaltungsangaben sind die Schulen aus Königswinter auf die Jahre 2023 bis 2025 aufgeteilt worden, sodass die Veranstaltung kleiner werde und eine intensivere Auseinandersetzung mit dem gleichen Thema für die beteiligten Akteure wie Verwaltung, Politik, Träger und Schulen möglich werde. Nachdem sich 2023 die Klassensprecher der siebten Klassen bereits unter dem Titel „Freizeit in Königswinter (inklusive Ferienangebote)“ ausgetauscht hatten, sind für 2024 und 2025 die Förderschule und die Grundschulen an der Reihe. Laut der Pressestelle der Stadt ist die nächste Auflage des Forums für 2025 in Planung. Die Erkenntnisse aus den Foren werden Verwaltung, Kommunalpolitik, Schulen und Vereinen zur Verfügung gestellt. Zudem sollen sie nebst Ergebnissen aus Befragungen verschiedener Zielgruppen zu unterschiedlichen Themen auch in einen Kinder- und Jugendförderplan einfließen, der ab 2026 gelten soll. Auch prüfe die Verwaltung digitale Formate der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Workshop im Frühjahr

In Beuel soll ein digitales Jugendzentrum entstehen

Angebot für Jugendliche

Stadt Bornheim will einen alten Schulbus für die Jugendarbeit kaufen

■ **Bornheim:** Acht Jahre lang, von 2012 bis 2020, hatte auch die Stadt Bornheim ein Kinder- und Jugendparlament, das jedoch mangels Resonanz eingestellt wurde. Ein Neustart sei aktuell kein Thema, sagt Stadtsprecher Rainer Schumann: „Die Erfahrungen haben gezeigt, dass das Interesse seitens junger Menschen zu gering ist. Anscheinend sind die Hürden durch Wahl und parlamentarische Form zu hoch.“ Die Stadt sei jedoch gerade hinsichtlich eines neuen Formats „im regen Austausch“ mit dem Stadtjugendring. „Dieses soll möglichst noch vor den Sommerferien im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden, sodass möglichst nach den Sommerferien damit gestartet werden kann.“

Mehr Rechte zur Beteiligung

Änderung in NRW-Gemeindeordnung

Auf Landesebene läuft in Nordrhein-Westfalen aktuell ein **Gesetzgebungsverfahren** zur Änderung der Gemeindeordnung NRW, mit der ein neuer Paragraf 27a aufgenommen werden soll, der die Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche stärkt.

Demnach sollen Gemeinden künftig verpflichtet sein, Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise zu beteiligen.

Als geeignete Beteiligungsform wird insbesondere die Einrichtung eines Jugendrates genannt. Mehr unter www.landtag.nrw.de (Vorlage 18/3597). hes